

## DARE

*Democracy and Human Rights Education in Europe***„Erasmus für alle“ – Einige Punkte, die aus Sicht des DARE-Netzwerkes in Betracht gezogen werden sollten.**

- Das DARE-Netzwerk begrüßt die geplante Erhöhung des Budgets für das neue Bildungsprogramm der EU 2014–2020 ausdrücklich.

Aber bevor man sich für eine neue Programmstruktur entscheidet, sollte man eher die Bildungsinhalte aufzeigen, als mit leicht verdaulichen Finanzierungstabellen herumzubaubern. Das DARE-Netzwerk hat große Probleme zu akzeptieren, dass die EU-Kommission keine realistischen Vorstellungen zur Finanzierung des gestiegenen EFA (Erasmus for All)-Budgets veröffentlicht hat. Der Vorschlag der EU-Kommission, über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU neues EU-Einkommen zu erwirtschaften,<sup>1</sup> erscheint angesichts der aktuellen Entwicklung der Finanzmärkte und der finanziellen Kürzungen in den Mitgliedstaaten nicht realistisch. Wir bitten die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Repräsentanten des Ministerrates bei der Diskussion über die Refinanzierung des vorgeschlagenen Budgets für die EFA auf eine vernünftige Strategie zu bestehen. Höhere Investitionen müssen auf einer soliden Refinanzierungsstrategie basieren und zumindest von sichtbaren Einsparungen von Geldern in anderen Bereichen der EU-Politik begleitet sein.

- Das neuerdings eingeführte System von „one-stop-agencies“ („Alles aus einer Hand“) läuft Gefahr, hinter die bewährten Standards zurückzufallen.

Was die Art und Weise der Kommunikation und Information der EU-Kommission bezogen auf EFA betrifft, so ist diese aufgrund der Einführung eines Systems von „one-stop-agencies“ durch eine Rationalisierung und Kürzung in der Verwaltung gekennzeichnet. Die Idee, Synergien zwischen den einzelnen Maßnahmen zu erzeugen und damit die Verwaltungskosten zu reduzieren, ist verlockend.

DARE gibt hier dagegen ausdrücklich zu bedenken, dass die aktuelle, in einem hohen Maße dezentrale Verwaltung durch nationale Vertretungen die Grundbedingung für die hohe Qualität der Ergebnisse in allen laufenden Programmen darstellt. Die geplante Kürzung in der Verwaltung sollte daher alle beteiligten Seiten betreffen: die EU-Kommission, die nationalen Vertretungen und vor allem, und am wichtigsten, die Tausende von Bildungsorganisationen und -institutionen, die die Programme in der Praxis umsetzen.

Wir befürchten, dass die Kürzung von Verwaltungskosten vonseiten der EU-Kommission die Konsequenz haben wird, dass sich der finanzielle Eigenanteil für potenzielle Bewerber erhöhen wird, da sie mehr Fachwissen und Kenntnisse zur erfolgreichen Durchführung eines Projektes einholen müssen. Eine wirkliche Kürzung in der Verwaltung ist nur dann

möglich, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen einen besseren Zugang zur europäischen Ebene erhalten. Eine solide institutionelle Finanzierung europäischer Netzwerke, Dachorganisationen und Plattformen durch sinnvolle Zuschüsse, die den Bedürfnissen aller Lernender gerecht werden, muss in einem neuen EFA-Programm enthalten sein. Der bislang vorliegende EFA-Plan erwähnt nicht einmal das Instrument von Betriebskostenzuschüssen für diese Netzwerke.

Als ein Netzwerk von Bildungsanbietern für Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (Bildung für demokratische Bürgerschaft und Menschenrechtsbildung) sehen wir die dringende Notwendigkeit, die EU mit politischen Einflussmöglichkeiten auf die nationalen Bildungssysteme auszustatten, vor allem dort, wo es im Bereich der Jugendpolitik um die Umsetzung der europäischen Grundrechte-Charta, der European Youth Strategy und der neuen Agenda für Erwachsenenbildung geht. Alle Evaluierungsergebnisse, insbesondere des aktuellen Youth in Action-Programms, zeigen, dass das dezentralisierte Modell von Vertretungen der beste Beleg dafür ist, dass solche Einflussmöglichkeiten geschaffen werden können, und dieses Modell daher offensichtlich auch eine Grundvoraussetzung für die vernünftige Umsetzung von EU-Strategien ist, wie sich dies etwa bei der EU-Jugendstrategie oder, wie erst kürzlich, bei der Einsetzung neuer nationaler Koordinatoren für die Agenda der Erwachsenenbildung gezeigt hat: Beides macht deutlich, dass es auf nationaler Ebene einen Bedarf gibt, mehr zu tun, als nur Programme zu verwalten.

Aus Sicht der Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education ist der Pluralismus von Bildung, Bildungssystemen und Bildungsprogrammen ein öffentliches Gut, das es verdient, überall in Europa geschätzt und besonders von der EU als wertvoll erachtet zu werden. Der aktuelle Plan, ein neues Bildungsprogramm unter dem Namen „Erasmus für alle“ zu entwickeln, ist der Versuch, ein Einheitskonzept durchzusetzen, welches unnötig Gefahr läuft, mit den verschiedenen Bedürfnissen und Herausforderungen von Lernenden und Bildungsanbietern auf der nationalen Ebene und der Ebene der unterschiedlichen Bildungsstränge zu kollidieren. Wir sehen vor allem die Arbeit mit all jenen Lernenden gefährdet, die in unterschiedlicher Weise benachteiligt sind. Die etablierten Programmstrukturen mit Erasmus, Comenius, Leonardo und GRUNDTVIG zeichnen sich durch ihre hohe Qualität aus, da sie am besten den Bedürfnissen der unterschiedlichen Bildungsstränge in den Mitgliedstaaten entsprechen. Das neue Programm sollte auf diesem Fundament aufbauen und zumindest einen separaten Strang für jede der Zielgruppen bewahren.

<sup>1</sup> 2011/0334 (CNS)

- Kein Wettbewerb zwischen verschiedenen Bildungsbereichen! Bildung ist kein Feld, das einer simplen ökonomischen Logik folgt.

DARE, ein Netzwerk von Anbietern non-formaler Bildung für demokratische Bürgerschaft und Menschenrechtsbildung, möchte darauf hinweisen, dass es etliche wichtige Bildungsbereiche in der Jugend- und Erwachsenenbildung gibt, die bislang nur einen begrenzten Zugang zu politischen Zielsetzungen und Programmen der EU haben und dementsprechend vernünftiger Unterstützungsmechanismen bedürfen, um sich an jedweden Aktivitäten auf europäischer Ebene beteiligen und damit auch einen Beitrag zur Implementierung der europäischen Politik leisten zu können.

Es gibt erhebliche infrastrukturelle Unterschiede zwischen den Interessenvertretern, die sich unter dem neuen „Erasmus für alle“-Programm versammeln. Wir fürchten, dass in einem neuen Programm große Anbieter von „Mobilität“ wie etwa höhere Bildungseinrichtungen [Gymnasien, Hochschulen] mit einer starken Infrastruktur einen strukturellen Vorteil haben, leichter an hohe Zuschüsse für ihren Bildungsbereich zu gelangen. Diese können wesentlich einfacher Erfolgsgeschichten vorweisen als kleine Anbieter, die es mit schwer zu erreichenden Zielgruppen zu tun haben. Eine Gefahr liegt hier vor allem auf dem Gebiet der non-formalen Bildung, da 44 % des EFA-Budgets bislang noch nicht bezogen auf bestimmte Maßnahmen zugewiesen wurden, sondern erst aufgrund der Erfahrungen mit dem laufenden Programm verteilt werden. Aber noch schlimmer: Wenn die geplante Aufstockung des Budgets von 70 % nicht erfolgen wird, riskieren wir einen Bumerang-Effekt, der alle positiven Ergebnisse, die bislang in den kleineren Bereichen der Erwachsenenbildung und dem Bereich der Jugend erreicht worden sind, mit sich reißen wird. Die EU sollte anerkennen, dass potenzielle Organisationen, die sich bewerben oder in den Genuss einer Förderung kommen, in den verschiedenen Bereichen der Bildung unterschiedliche Ausgangsbedingungen für einen möglichen Erfolg ihres Projekts haben. Das GRUNDTVIG-Programm ist ein Beispiel dafür, wie allen Gruppen von Lernenden das nötige Rüstzeug dafür bereitgestellt werden kann, um sich an den EU-Programmen zu beteiligen. Die relativ kleine Zahl an GRUNDTVIG-Maßnahmen ist ein deutlicher Beleg für die infrastrukturelle Situation der Erwachsenenbildung in vielen europäischen Ländern. Das sollte nicht zur Schlussfolgerung führen, dass die Maßnahmen ineffektiv sind oder keine gute Leistungsbilanz vorweisen könnten; im Gegenteil, daraus ist vielmehr der dringende Appell an die EU abzuleiten, noch mehr Energie in dieses Feld zu stecken.

„Erasmus für alle“ sollte ein Programm für alle Lernenden in Europa sein und nicht ein Mobilitätsunterstützungsprogramm nur für höchst privilegierte Gruppen von Lernenden. Gerade in dieser Zeit der aktuellen Krise hat die EU eine politische Verantwortung, mit einem Bildungsprogramm zu reagieren, das niemanden ausschließt und das sowohl den Bedürfnissen aller Bildungsstränge wie auch denen des einzelnen Lernenden Rechnung trägt.

Wir fordern daher das Europäische Parlament und den Ministerrat auf, darauf zu insistieren, dass mindestens 80% des Budgets für einen Mindestbeitrag an Fördergeldern für jeden Bildungssektor reserviert werden, um die Finanzierung für die benachteiligten Gruppen von Lernenden und deren Lerninstitutionen/-anbieter in Europa sicherzustellen. Eine festgelegte Aufteilung des Budgets für die unterschiedlichen Felder der Bildung ist sehr wichtig. Jeglicher Wettbewerb zwischen den verschiedenen Feldern der Bildung sollte vermieden werden.

Das Europäische Parlament sollte darauf insistieren, bei allen Entscheidungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Aufteilung der bislang nicht zugeteilten 44% des geplanten EFA-Budgets ein Mitspracherecht zu haben; der Vorschlag der Europäischen Kommission, diese 44% durch eine Regulierungskommission zu verteilen, ist schlichtweg undemokratisch!

- Eine klare Orientierung an aktiver Bürgerschaft und partizipatorischem Lernen in neuen Generationen der Bildungsprogramme!

In der aktuellen Situation der finanziellen Krise ist die Demokratie in vielen europäischen Mitgliedstaaten gefährdet! Aus Sicht der Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education kann die EU einen systematischen Langzeiteffekt und eine auf Gegenseitigkeit beruhende Förderung nur mit einem Bildungsprogramm erzielen, das tatsächlich auch Vielfalt und Pluralismus von Lernsträngen zu schätzen weiß und sich besonders auf den einzelnen Lernenden fokussiert. Es gibt eine klare Verbindung zwischen dem ökonomischen Abschwung, der Arbeitslosigkeit und der Zunahme von antidemokratischen Einstellungen in ganz Europa. Um jeden Anreiz zu Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in ganz Europa zu bekämpfen, gibt es keine andere Alternative als die klare Orientierung an und die Betonung von Lebenslangem Lernen auf der Grundlage aktiver Bürgerschaftspolitik. Die EU ist besonders in einem neu integrierten Programm gefordert, den von der European Agency for Fundamental Rights veröffentlichten Empfehlungen zu folgen, nämlich „der Human Rights Education in den Arbeitsprogrammen

und Finanzierungsströmen der Generaldirektion ‚Bildung und Kultur‘ eine Vorrangstellung einzuräumen.<sup>2</sup> Non-formales Lernen formt Identität und gibt dem Leben Bedeutung; es verleiht Autonomie und ein Gespür für Verantwortung für Menschen und Gemeinschaften. Non-formale Bildung ist wichtig, da sie auf der eigenen Identität und Kultur, auf den Werten und früheren Erfahrungen der Menschen basiert, die jeden Bürger dazu befähigen und ermutigen, sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen und die eigene Stimme zu erheben. Um den aktuellen Herausforderungen in Sachen Bildung zu begegnen, braucht es aufseiten der Nichtregierungsorganisationen Anbieter von non-formaler Bildung, insbesondere im aktuellen ökonomischen Klima und in der sich rasant verändernden Welt. Während alle internationalen Organisationen die dringende politische Notwendigkeit von mehr Bildung für die demokratische Bürgergesellschaft und die Menschenrechte betonen, ist die Europäische Union die einzige, die den staatsbürgerlichen und sozialen Fähigkeiten in ihren Bildungsprogrammen für die Zukunft keine Priorität einräumt. Bildung ist ein Grundrecht und unterstützt außerdem die Menschen, die keine Möglichkeiten haben, benachteiligt sind und in Armut leben. Wir glauben, dass eine deutliche Unterstützung der non-formalen Bildung nicht nur das Lernen zwischen Gemeinschaften und verschiedenen Kulturen zugunsten von Menschenrechten, Frieden und grundlegenden Freiräumen, Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Vielfalt befördern würde, sondern auch eine multikulturelle Demokratie und ein Europa bereichern würde, das von der Mitbestimmung seiner aktiven Bürger lebt. Non-formale Bildung wird nicht nur neue Möglichkeiten des lebenslangen Lernens schaffen, um Diskriminierung und Gewalt zu beseitigen, sondern sie wird auch das Leben der Menschen in einer Weise prägen, dass aus ihnen verantwortliche Bürger werden, die bereit sind, an einer positiven Zukunft Europas mitzuarbeiten, einer Zukunft, die wir alle zu erreichen streben.

- Ein unabhängiges und starkes Jugendprogramm soll beibehalten werden!

Aus der Sicht von Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education ist DARE sehr besorgt, was die Entwicklungen bezüglich der Zusammenlegung des aktuellen Youth in Action-Programms mit dem künftigen „Erasmus für alle“-Programm betrifft. Eine Anmerkung: Generell begrüßen wir alle Maßnahmen, die bei der Entwicklung des neuen EFA-Programms dazu führen, dass Europa zu einem Ort des lebenslangen und das ganze Leben umfassenden Lernens wird. Und dennoch wollen wir darauf hinweisen, dass es einen europäischen Konsens darüber gibt, dass der Erfolg von Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education in ganz Europa fest mit einem starken Feld der Jugendpolitik verknüpft ist (siehe Council of Europe Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education, 2010). Die praktische Umsetzung europäischer Jugendpolitik in der EU basiert auf den Säulen eines unabhängigen Jugendprogramms, das nicht einfach nur unter eine Bildungsperspektive zusammengefasst werden kann und das vor allem auch nicht auf seinen ökonomischen Nutzen reduziert werden soll. Alle Auswertungen der laufenden Youth in Action-Programme liefern einen klaren Beleg für die breite Wirkung, die die europäische Jugendpolitik auf der Ebene der Mitgliedstaaten hat. Dieser Status sollte auch in der neuen Generation von Bildungsprogrammen erhalten bleiben.

DARE ist ein europaweites Netzwerk von derzeit 52 Nichtregierungsorganisationen in 27 Ländern. DARE steht für Democracy and Human Rights Education in Europa (Demokratie und Menschenrechtsbildung in Europa) und ist selbst ein Ergebnis der GRUNDTVIG-Netzwerkförderung.

#### Mehr Information:

**Georg Pirker** Sekretariat des DARE-Netzwerkes:  
pirker@adb.de · 030-40040117 · www.dare-network.eu

Übersetzung von Wiebke Weinstock und Dr. Alwin Letzkus

<sup>2</sup> European Union Agency for Fundamental Rights: Institutional needs assessment for Human Rights Education, FRA1-CAR-2009-NP01, p. 65.